

## Flüchtlinge: Gemeinden fordern Hilfe

**Wer zahlt für die Flüchtlingsunterbringung? Für Städte und Gemeinden steht die Antwort noch aus. Die sehen enorme Kosten auf sich zukommen.**

**Stuttgart.** Mit einer Beschleunigung der Asylverfahren sehen Städte und Gemeinden im Land enorme Kosten für die Flüchtlingsunterbringung auf sich zukommen. „Das Land kann uns nicht weiter mit den Kosten alleine lassen“, sagte Gemeindegapäsident Roger Kehle. Anders als beim Landkreistag sei trotz mehrfacher Gespräche die Finanzfrage noch nicht geklärt. „Eine Einigung ist nicht in Sicht.“ Eine Lösung müsse noch vor der Landtagswahl am 13. März her, forderte Kehle.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) machte den Kommunen wenig Hoffnung auf eine vollständige Kostenübernahme, kündigte aber ein Spitzengespräch zur möglichen Unterstützung am 25. Februar an.

„Die Kommunen werden nicht im Regen stehen gelassen.“ Grundsätzlich sei das Land für die Erst- und Behelfsunterbringung von Flüchtlingen zuständig und nicht für die Anschlussunterbringung in den Gemeinden.

Anfang Februar hatten sich das Land und die Kreise geeinigt, dass Kosten für Unterbringung, für Sozialbegleitung und Verpflegung spitz – also nach tatsächlichen Kosten – abgerechnet werden können.

Ähnliches stelle er sich auch für die Gemeinden vor, sagte Kehle. Er erinnerte daran, dass sein Verband bereits im November 2015 ein Konzept zur Flüchtlingsunterbringung und deren Finanzierung vorgelegt habe.

Nach einer vom Land nicht betriebenen Erhebung des Verbandes addieren sich die laufenden Kosten pro Flüchtling und Jahr auf 4900 Euro. So ergebe sich ein Gesamtbetrag von jährlich 318,5 Millionen Euro für Sozialarbeiter, Integrationsbegleiter in den Rathäusern, Koordination des ehrenamtlichen Engagements sowie für vom Bund nicht übernommene Wohnungskosten.

Dabei schlagen Integrationsbegleiter, die in den Rathäusern die Eingliederung der Migranten steuern und Ansprechpartner für die Ehrenamtlichen sind, mit 70 Millionen Euro zu Buche. Ohne sie werde aber auf Dauer das ehrenamtliche Engagement nicht aufrecht zu erhalten sein, betonte der Gemeindegapäsident. Weitere laufende Kosten von 277,5 Millionen Euro pro Jahr fielen in den Bereichen Krippen, Kitas und Schulen an, ganz zu schweigen von den notwendigen Investitionen.

dpa

# In Scheibchen zur Wahrheit

Politiker und Experten werfen Gall Taktieren bei Kriminalstatistik vor

**Hält SPD-Innenminister Reinhold Gall Daten zur Kriminalität im Land zurück? Das ist die Lesart des CDU-Abgeordneten Thomas Blenke. Auch ein Experte hält die schrittweise Veröffentlichung für „nicht ungefährlich“.**

TOBIAS KNAACK

**Ulm.** Aus Sicht von Thomas Blenke liegen die Dinge ganz klar. Innenminister Reinhold Gall (SPD) hält präkäre Daten zur Entwicklung der Kriminalität in Baden-Württemberg zurück. Der CDU-Abgeordnete des Kreises Calw und innenpolitische Sprecher seiner Fraktion im Landtag erneuerte deshalb gestern seine Forderung, dass Gall die gesamte Kriminalstatistik noch vor der Landtagswahl offenlegen muss. Blenke wittert Wahlkampf-Kalkül und prangert an, dass das Innenministerium im Januar nur einen für die grüne Regierung positiven Rückgang der Wohnungseinbrüche meldete.

Da sei er „stutzig geworden“ und habe „angefangen zu recherchieren“. Bei seinen Untersuchungen stieß Blenke auf weitere Zahlen der Kriminalstatistik, die er nun ebenfalls von Gall präsentiert sehen möchte. Eine Veröffentlichung erst nach dem 13. März sei „nicht akzeptabel“. Zumal die Zahlen es aus seiner Sicht in sich haben. Anstiege etwa bei Taschendiebstahl (plus 11,3 Prozent), räuberischer Erpressung (plus 8,5 Prozent) und Ladendiebstahl (plus 7,9 Prozent): „Die Bevölkerung muss das wissen.“

Auch aus Sicht von Carsten Dehner, Sprecher im Innenministerium von Gall, liegen die Dinge klar: „Wir halten es für unseriös, dass man die Daten so veröffentlicht“, sagt er mit Blick auf Blenkes Forderung. Das Aufbereiten der Kriminalstatistik sei ein „großer Aufwand“. Die Daten der zwölf Polizeipräsidien müssten zusammengeführt und auf der Basis der Daten geklärt werden, was „dahinter stecke“, um für das Folgejahr in der Polizeiarbeit gegebenenfalls nachjustieren zu können.

Dass dies bei den Wohnungseinbrüchen bereits geschehen sei, so dass die Daten im Januar präsentiert werden konnten, habe zwei Gründe: Zum einen handle es sich thematisch um einen „eng begrenzten Bereich“, sagte Dehner. Zum anderen habe bei der Präsentation der Kriminalstatistik im vergangenen Jahr ein besonderes Augenmerk auf diesem Aspekt gelegen. Entsprechend habe man diesen Teil in diesem Jahr gesondert präsentiert.

Genau das nimmt Blenke Innenminister Gall nicht ab; zumal ihm



Fast 8 Prozent mehr Ladendiebstähle? Die kolportierten Kriminalitäts-Zahlen sorgen für politische Debatten.

Foto: dpa

auch die Einbruch-Statistik übel aufstößt. Der Rückgang sei lediglich auf Ballungsräume wie Stuttgart und Karlsruhe zurückzuführen – und begrenzt. In ländlicher geprägten Gegenden habe es hingegen einen teils drastischen Anstieg gegeben – in seinem Wahlkreis Calw etwa um 26 Prozent, wie er sagt.

Einen Hauptgrund sieht er in den Umstrukturierungen im Zuge der Polizeireform. Eine Lesart, die Ralf Kusterer, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, teilt. Es fehle die Manpower im ländlichen Raum. Und das habe weitere Folgen: „Die Polizei verliert massiv an Vertrauen. Die gefühlte Sicherheit der Bürger ist herabgesetzt.“

### Trügerisches Zahlenwerk

**Verzerrt** Die polizeiliche Kriminalstatistik wird viel diskutiert – und kritisiert. Das Zahlenwerk ist ein Tätigkeitsbericht der Polizei und bildet das Anzeigerhalten der Bevölkerung ab. Erfasst werden Verdachtsfälle und angezeigte Taten – rund ein Drittel aller Verfahren wird aber eingestellt, was die Statistik igno-

riert. „Die Kriminalstatistik beleuchtet immer nur das Hellfeld“, erklärt Jörg Kinzig, Professor für Kriminologie. „Das kann im Extremfall dazu führen, dass die Kriminalität insgesamt zurückgegangen ist, obwohl die Statistik einen Anstieg ausweist.“ Manche angebliche Fall-Zunahme, etwa im Bereich von Kindesmiss-

brauch, kann auch auf verändertes Bewusstsein in der Gesellschaft zurückgehen – wenn Taten, die früher verschwiegen wurden, häufiger angezeigt werden. Kriminologen beklagen, dass die Statistik die reale Kriminalität nur verzerrt wiedergibt und nicht spiegelt, ob Delikte wirklich zuzunehmen sind.

zeilicher Arbeit präsentiert werden sollen“, findet Jörg Kinzig. Leiter des Instituts für Kriminologie an der Universität Tübingen. „Die Veröffentlichung von Einzelergebnissen der Kriminalstatistik ist nicht ganz ungefährlich. Insbesondere wenn die Opposition dann gestiegene Zahlen aus anderen Kriminalitätsbereichen veröffentlicht und thematisiert.“

Den Blenke vorliegenden Zahlen zufolge ist die Kriminalität in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr um 3,8 Prozent angestiegen. „Das ist allein noch nicht besorgniserregend, zumal die Kriminalität in den letzten Jahren tendenziell zurückgegangen ist. Dann ist auch irgendetwas erwartbar, dass sie mal wieder ansteigt“, interpretiert Kriminologe Kinzig.

Ganz generell müsse man bei der Bewertung vorsichtig sein, „denn Kriminalstatistiken unterliegen Schwankungen“. Mit Blick auf die Zuwanderung sagte Kinzig, dass es „grundsätzlich zu erwarten“ sei, „dass wenn die Bevölkerung wächst, auch die Kriminalität zunimmt“. Dies umso mehr, wenn viele junge Männer kommen, denn, so Kinzigs Einschätzung: „Junge Männer sind besonders belastet.“ Das gelte für Deutsche wie für Ausländer.

## NOTIZEN

### Nachtruhe gestört

**Weinheim.** Weil es ihnen nachts zu laut war, haben sich etwa 20 Flüchtlinge in einer Gemeinschaftsunterkunft in Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) massiv gestritten. Verschiedene Gruppen bezichtigten sich laut Polizei gegenseitig als Ruhestörer. Weil die Einsatzkräfte von zunächst 50 Beteiligten ausgingen, rückten sie mit 13 Streifenwagen zur Schlichtung an. Den Beamten gelang es in der Nacht zu Dienstag, den Konflikt zu lösen und für Ruhe zu sorgen.

### Bombenbauer stellen sich

**Hilzingen.** Zwei junge Männer haben zugegeben, im Landkreis Konstanz mit Brandbomben in Glasflaschen experimentiert zu haben. Überreste der so genannten Molotow-Cocktails und entsprechende Brandspuren waren in den vergangenen Tagen im Raum Hilzingen gefunden worden. Ein 18-Jähriger habe sich zunächst beim Bürgermeister der Gemeinde und dann zusammen mit einem 19-Jährigen bei der Polizei gemeldet, teilten die Ermittler gestern mit.

### Fleisch geschmuggelt

**Rheinfelden.** Schmackhafte Beute für die Schweizer Grenzbeamten: Als Proviant für den Skiurlaub mit seinen Freunden wollte ein Niederländer 160 Kilogramm Fleisch in die Schweiz schmuggeln. Erlaubt ist laut Zoll nur ein Kilogramm. Der 28-Jährige hatte Schweinebraten, Spareribs, Steaks und Wurstwaren in Dutzenden Kühltaschen im Auto verstaut, wie die Grenzschutz Basel mitteilte. Der Niederländer muss eine Strafe von mehreren Tausend Franken zahlen.

### Leiche gefunden

**Stühlingen.** Nach einem Brand bei einem Händler für Munition und Feuerwerk im Landkreis Waldshut ist eine männliche Leiche gefunden worden. Das teilte die Polizei gestern mit. Rettungskräfte rückten mit einem Großaufgebot zu dem Feuer in dem Gebäude in Stühlingen aus. Die Brandursache war unklar. Der Leichnam sei noch nicht identifiziert worden. Feuerwehrleute hatten den Toten in den Geschäftsräumen des Kleinunternehmens entdeckt, das Feuerwerkskörper und scharfe Munition vertreibt.

### Soko ermittelt

**Mannheim.** Die Ursache für das tödliche Feuer in Mannheim vergangene Woche bleibt unklar – die Polizei hat eine Sonderkommission eingesetzt. Bei dem Brand in dem Reihenhaus im Stadtteil Neckarstadt-West waren am Freitag zwei Menschen ums Leben gekommen, eine 60-Jährige und ihr Sohn. Wie es dazu kommen konnte, sollte die 25-köpfige Soko „West“ klären, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft gestern mit. Gestern war auch ein Spürhund im Einsatz.

## Keine Finanzspritze vom Impfgegner

Wende im skurrilen Streit um die Existenz von Masernviren – OLG gibt Berufung statt

**Überraschendes Ergebnis der Berufungsverhandlung: Der Impfgegner Stefan Lanka muss im Streit um die Existenz des Masernvirus nun doch keine 100 000 Euro an einen Mediziner aus dem Saarland zahlen.**

CHRISTIAN NICK

**Stuttgart.** Siegesicher hatten sich vor Verhandlungsbeginn am Oberlandesgericht beide Kontrahenten des skurrilen Zivilrechtsstreits gezeigt, der dort in die zweite Runde ging. Rückblick: Ende 2011 hatte der Biologe und bekannte Impfgegner Stefan Lanka im Internet demjenigen, der ihm die Existenz des Masernvirus mitsamt dessen Durchmesser wissenschaftlich belege, 100 000 Euro Prämie versprochen.

Der 31-jährige David Bardens legte daraufhin sechs Studien vor – und wollte Geld sehen. Lanka indes sah den Beweis nicht geführt und wollte nicht zahlen. Vor dem Landgericht Ravensburg verlor er dann jedoch auf ganzer Linie: Dem bestellten Gutachter folgend betrachteten die Richter die Voraussetzungen als erfüllt – und verurteilten Lanka zur Zahlung. Der aber weigerte sich. Erst als er sich mit Beugehaft bedroht sah, überwies er das Geld auf ein Sperrkonto der Justiz.

Der promovierte Biologe hatte aber bereits im Frühsommer 2015 Berufung eingelegt. Dass sich der



Da hatte er noch gut lachen: David Bardens im März 2015 im Ravensburger Landgericht – nun hatte sein Kontrahent Stefan Lanka vor Gericht Erfolg. Foto: dpa

52-Jährige auf ebendiese akribisch vorbereitet hatte, daran konnte kein Zweifel bestehen: Mit einem dicken Stapel Unterlagen war Lanka – bullig, schwarz-grau meliertes Haar, schwarzer Anzug – angetreten, um den Richtern für seine Sicht der Dinge die Augen zu öffnen.

Und diese Perspektive ist durchaus speziell. Lanka vertritt – gleichermaßen eloquent wie leidenschaftlich – Positionen, die gelinde gesagt exzentrisch wirken und der gängigen Lehrmeinung diametral widersprechen. Die Existenz des Masernvirus bestreitet er grundsätzlich, aber beispielsweise auch, dass

Aids durch das HI-Virus verursacht wird. „Es gibt keine krankmachenden Viren.“ Mit dem Prozess wollte er überdies erreichen, dass „kritische Wissenschaftler Gehör finden und die Regeln der Wissenschaft wieder beachtet werden.“

Sein Kontrahent Bardens, der die Auslobung Lankas seinerzeit als „Provokation“ empfunden haben will, kam gleich mit Personenschutz: Er sei im Internet mit dem Tod bedroht worden, so Bardens im Gespräch, der das Geld für Masernimpfungen in Entwicklungsländern hätte spenden wollen. Impfgegner Lanka indes, der „den Begriff gar

nicht mag“, hatte eine Schaar von Anhängern mitgebracht, die seine bisweilen aufblitzende Polemik, etwa: auch Einstein sei „mit seinen Gravitationswellen lange ein Außen-seiter“ gewesen, frenetisch beklatschten.

Wohlthuend nüchtern verhielt sich hingegen das Gericht bei der Urteilsfindung. Zentral hierbei war für die Juristen die Frage, ob die Internet-Versprechung Lankas tatsächlich die rechtlichen Voraussetzungen einer Auslobung im Sinne des Paragraphen 657 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfüllte. Ja, urteilte das Gericht: Die Auslobung war ernst gemeint – und auch keine Wette oder Preisausschreiben.

Und genau deswegen bestimme auch alleine der Auslöber die Kriterien. Lanka hatte dezidiert verlangt, Existenz und auch Größe des Virus in „einer“ Arbeit nachzuweisen. Bardens aber hatte sechs vorgelegt. Während das Landgericht durch die Synopsen dieser den Beleg geführt gesehen hatte, widersprachen dem die Stuttgarter Richter. Es sei nicht möglich, eine Obergrenze bezüglich Anzahl und Auswertbarkeit der Studien zu ziehen – und daher sei Lanka mit seiner Berufung erfolgreich und müsse nicht zahlen.

Aber: An einem wollte das Gericht freilich keinerlei Zweifel bestehen lassen: Lankas Sieg basiere allein auf juristischen Gründen – und sei keineswegs als Bestätigung zu werten, dass die Krankheit Masern nicht durch Viren verursacht werde.

## Bauer zum dritten Mal Ministerin des Jahres

Platz eins auch für Hohenheimer Rektor

**Hochschullehrer haben abgestimmt: Zum dritten Mal wurde Theresia Bauer (Grüne) zur Wissenschaftsministerin des Jahres gewählt.**

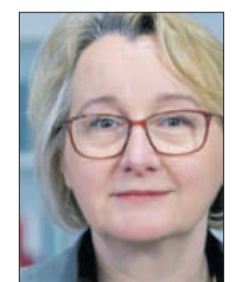
BETTINA WIESELMANN

**Stuttgart.** Am Sekt wurde aus Fastentgründen gestern von der Wissenschaftsministerin nur genippt, doch gefeiert wurde, was schon 2013 und 2015 erfreute: Theresia Bauer führt erneut das bundesweite Minister-Ranking des Deutschen Hochschulverbands (DHV) an. Damit nicht genug: Noch nie ging die seit 2009 vergebene Auszeichnung dreimal an dieselbe Person.

Hinzu kommt: Rektor des Jahres 2016 wird mit dem Hohenheimer Universitätsprofessor Stephan Dabbert ebenfalls ein Baden-Württemberger. „Die Auszeichnung zeigt, wie gut Wissenschaft und Politik im Land zusammenarbeiten“, stellte Bauer gestern fest. Dabbert wiederum gratulierte Bauer „sehr herzlich zur wohlverdienten Ehrung.“

Der DHV versteht sich als bundesweite Berufsvertretung der Hochschullehrer und zählt eigenen Angaben zufolge mehr als 29 500 Mitglieder. Dass der Verband überwiegend an den Universitäten organisiert ist, lässt sich an den mit 1 bis 6 online

zu benotenden Statements ablesen: „Macht gute Politik für Universitäten“, „kennt die universitären Abläufe“. Zu bewerten waren unter anderem auch „Integrität“, „gewährt den Hochschulen Autonomie“ oder „Durchsetzungskraft im Kabinett“.



Hat an den Unis einen Stein im Brett: Wissenschaftsministerin Theresia Bauer. Foto: dpa

Bauer schnitt mit Gesamtnote 2,62 ab. Auf Platz zwei liegt Bundesbildungsministerin Johanna Wanka, auf dem dritten Platz die sächsische Amtsinhaberin Eva-Maria Stange. Beteiligt haben sich freilich mit 2828 keine zehn Prozent der DHV-Mitglieder. Und nur ganze 407 wählten Bauer auf den Spitzenplatz, 657 dagegen deren nordrhein-westfälische Kollgein Svenja Schulze mit Note 4,62 zum Schlusslicht. Kritik im Land übte der hochschulpolitische Sprecher der FDP, Friedrich Bullinger: Bauers Gold sei „bestenfalls angelaufenes Messing“, da ihre Politik „eine Reihe von Fehlleistungen“ aufweise.